

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

Friedrich Merz hatte sich mit dem Versprechen, der Partei wieder Ecken und Kanten zu verleihen, um den CDU-Bundesvorsitz beworben. Doch spätestens seit dem kürzlichen Parteitag in Hannover gibt sich die Partei zwischen Zeitgeist und Zeitgeistkritik gefangen. Es sind das Rennen um wieder bessere Umfrage- und Wahlergebnisse, um möglichst zahlreiche Regierungsbeteiligungen und der Wunsch nach einer wieder steigenden Mitgliederzahl, die manchen Parteitagsbeschluss stärker beeinflussten als die Programmatik.

Dabei fällt als erstes die zunehmende Scham der CDU auf, als „rechts“ zu gelten. Dabei kann man es nicht oft genug sagen: „Rechts“ hat mit „rechtsextrem“ oder gar „rechtsradikal“ genauso wenig zu tun wie „links“ mit „linksextrem“ oder „linksradikal“. Doch während man in Politik und Medien beim Blick nach links dies stets im Auge hat, wirft man auf der anderen Seite des politischen Spektrums gerne alles in einen und damit alles diffamierenden Topf. Merz folgte dieser Unsitte nicht nur beim ARD-Sommerinterview mit Tina Hassel, als er allen Ernstes sagt, die CDU und ihre Führung grenze sich klar nach rechts ab. Er sagte „rechts“ und eben nicht „rechtsextrem“ oder „rechtsradikal“, womit er sich unbedachterweise gegen seine eigene Partei und deren demokratische Ursprünge wandte. Die CDU soll sich also, glaubt man diesen Worten, gegen sich selbst abgrenzen. Was sie dabei noch wählbar machen könnte, das sagte Merz nicht – man kann es wohl auch nicht formulieren . . .

Es sind diese leider nicht nur kleinen Ungenauigkeiten bei der Selbstdarstellung, bei der Formulierung der eigenen Standpunkte, die Merz und seinen Führungskollegen immer wieder unterlaufen. Sie laufen (in der Hoffnung auf Wählerstimmen) dem Zeitgeist hinterher und fragen sich nicht einmal, ob die Mehrheit ihrer Mitglieder und Stammwähler dies überhaupt wünscht. Sie wollen der primär aus Beamten und Angestellten bestehenden urbanen Mittelschicht gefallen und realisieren nicht, daß man dort traditionellerweise rot-grün wählt. Sie nehmen dafür in Kauf, die Nöte und Interessen des eigentlichen Mittelstandes – der traditionellen Unions-Wählerreserve – geringzuachten.

Heraus kommt manchmal ein geradezu schizophreneres Verhalten, was man auch auf dem Parteitag beobachten konnte. Am Nachmittag bedachten die Delegierten Merz' Witze über den inzwischen vorherrschenden Wust an Gleichstellungsbeauftragten noch mit begeistertem Applaus und am Abend votierten sie für eine strikte Frauenquote. Und als hätte die CDU niemals vor einer hohen Staatsquote gewarnt und Eigenverantwortung und das Leistungsprinzip hochgehalten, reicht ihr nun das von der Ampelkoalition geschnürte Entlastungspaket nicht einmal aus. Dies zu fordern ist legitim, aber die damit verbundene Staatsgläubigkeit passt doch eher zur politischen Konkurrenz links der Mitte.

Auch unter Merz läuft die CDU Gefahr, wieder in die sogenannte „Merkel-Falle“ zu tappen. Die langjährige Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin hielt sich trotz tendenziell sinkender Wahlergebnisse so lange im Kanzleramt, weil sie programmatisch (drücken wir es positiv aus) flexibel genug war, um sowohl mit der FDP als auch mit der SPD regieren zu können. Und auch mit den Grünen verstand sie sich recht gut. Es scheint, daß auch Merz aus demselben Grund eine Verschärfung des Parteiprofils vermeiden möchte. Die CDU soll augenscheinlich die Partei bleiben, die „mit allen kann“. Doch gerade in der gegenwärtig von verschiedenen Umbrüchen gekennzeichneten deutschen Parteienlandschaft ist das gefährlich. Wenn die CDU linke Positionen übernimmt, adelt sie diese quasi zum Allgemeingut. Doch wenn es darum geht, das Kreuz auf dem Wahlzettel zu machen, werden die meisten links-denkenenden Wähler ihr Kreuz beim „Original“ machen. Und das ist eben nach wie vor nicht die CDU. Ganz zu schweigen von der Verärgerung, die immer mehr traditionelle Unionswähler befallen dürfte. Den Christdemokraten droht in diesem Fall nicht weniger als ein endgültiger Machtverlust wegen mangelnder Unterscheidbarkeit! (tb)

2 **Mehr Ausgaben für Sozialhilfe**

In ganz Deutschland klagen die Unternehmen über nicht besetzbare Stellen auch für Ungelernte bis hin zur Einstellung einiger Geschäftsaktivitäten mangels Personals. Ganz unverständlich ist angesichts dieser Vollbeschäftigungslage deshalb, daß die Ausgaben für Sozialhilfe um 6,5 % auf 15,3 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr angewachsen sind. Dabei sind die Ausgaben für die Arbeitslosen noch nicht einmal inbegriffen.

Ein nicht unerheblicher Teil der Ausgabensteigerungen entfällt allerdings auf Altersarmut bzw. die Grundsicherung im Alter, unter denen auch immer mehr Deutsche zu leiden haben, die jahrzehntelang für ihre jetzt unzureichende Rente arbeiten mußten. Darunter dürften allerdings nur wenige der aus der Ukraine geflüchteten Rentner fallen, weil diese durch eine Verfügung der Berliner Verantwortlichen automatisch Rentenansprüche in Deutschland geltend machen können, welche dem Vernehmen nach die sogenannte „Mindestrente“ in vielen Fällen deutlich übertreffen sollen. (eh)

3 China: Hebt keine Felsen an, „die auf die eigenen Füße fallen“ könnten

Eigentlich galt das Geschäft als ausgemacht: Der chinesische Reederei-Riese Cosco möchte sich mit 35 % an der die Container-Terminals betreibenden Hamburger Hafengesellschaft beteiligen. Doch Mitte August wurden im Bundeswirtschaftsministerium – das diese Transaktion genehmigen müßte – Bedenken laut. Man ist sich dort aktuell mehr denn je uneins, ob man zustimmen soll oder lieber nicht. „Ich tendiere in die Richtung, daß wir das nicht erlauben“, ließ sich Minister Robert Habeck (Grüne) kürzlich vernehmen.

Der Fall zeigt exemplarisch, wie sehr (nicht nur) die Bunderegierung mit der Frage nach dem zukünftigen Umgang mit der aufstrebenden und autoritären Supermacht China ringt. Man fragt dabei nach bereits bestehenden Abhängigkeiten und versucht zu ergründen, ob die deutsche Wirtschaft im Falle eines chinesischen Angriffs auf Taiwan schon jetzt unter eine „Sanktionswalze“ geraten könnte, gegen die die von den Russland-Sanktionen verursachten Verwerfungen nur als geradezu gering bezeichnet werden dürften. Ist China als Handels-, Investitions- und Produktionspartner vielleicht schon viel zu wichtig geworden und würde Deutschland mit neuen China-Sanktionsmaßnahmen nicht die letzten Reste des nach den Russland-Sanktionen vielleicht noch verbleibenden Wohlstands riskieren? Es sind Fragen über Fragen, die in Politik und Wirtschaft gleichermaßen hinter stets gut verschlossenen Türen durchaus leidenschaftlich diskutiert werden.

Dabei ist eine Grundsatzentscheidung im Zuge der Koalitionsverhandlungen für die rot-gelb-grüne „Regierungsmappe“ längst gefallen. Es geht dabei im Kern um eine Abkehr von dem seit Jahrzehnten praktizierten Staats-Protektionismus, bei dem die deutsche Regierung über viele China-Geschäfte deutscher Unternehmen ihre schützende Hand hielt. Eine schrittweise Verschärfung dieses Kurses (u.a. bei chinesischen Übernahmen und Beteiligungen in Deutschland) war bereits unter Bundeskanzlerin Angela Merkel zu beobachten, nachdem im Jahr 2013 in Peking der bis heute herrschende Xi Jinping an die Macht gekommen war. Gleichwohl sind chinesische Einkäufer nach wie vor in Deutschland sehr aktiv. Ihre Prämisse ist nach wie vor, Chinas hohe Devisenreserven (insb. US-Dollar) lieber jetzt in westliche Unternehmen zu investieren als deren Wertverfall zuzusehen.

Der immer härtere Kurs gegen China trifft im Deutschen Bundestag auf parteiübergreifende Zustimmung. Dabei demonstriert man nicht nur Härte gegenüber Peking, sondern man versucht auch, den Fokus deutscher Investoren mehr als bisher in Richtung anderer asiatischer Staaten – z.B. Indonesien – zu lenken. Dem CDU-Politiker Norbert Röttgen reicht dies aber nicht aus. Er verweist auf die hohe Abhängigkeit Deutschlands von chinesischen Lieferungen insbesondere im Bereich der sogenannten „seltenen Erden“ und fragt nach den im Falle eines Lieferstopps eintretenden, teilweise kaum absehbaren Konsequenzen für unsere Wirtschaft und damit unser aller wirtschaftliches Wohlergehen.

Schaut man auf die aktuelle Entwicklung der Handels- und Investitionszahlen mit China, scheinen die Appelle der Politik bisher nichts bewirkt zu haben. Laut einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft kam es im ersten Halbjahr 2022 zu einer neuen Rekordinvestitionssumme deutscher Unternehmen in China. Dabei werden die wirtschaftlichen Verflechtungen immer enger geknüpft, weil Peking zunehmend drauf pocht, daß sich westliche Investitionen im Reich der Mitte nicht nur auf reine Produktionsanlagen beziehen dürfen, sondern zwangsweise auch auf Forschung und Entwicklung. Die Botschaft ist eindeutig: Wer künftig von dem Milliardenmarkt der bald größten Volkswirtschaft der Erde profitieren möchte, muß sich dort stärker als bisher engagieren und auch das eine oder andere Firmengeheimnis preisgeben.

In der deutschen Wirtschaft sieht man die Sache etwas verhaltener, man möchte sich weder bei der Bundesregierung noch bei der chinesischen Führung unbeliebt machen. Und manche Top-Vorstände fragen auch, ob es wirklich klug wäre, einen bald 1,5-Milliarden-Menschen-Markt von sich aus aufzugeben. Es ist ein schmaler Pfad zwischen Kooperation und Abgrenzung, der hier von der deutschen Politik und Wirtschaft gegangen werden muß. Das erschwert auch die Entscheidung über den angestrebten „Cosco-Einstieg“ in den Hamburger Hafen. Denn eine Absage an die Chinesen könnte beim Hafenumschlag zu mutmaßlichen Rückgängen im existenzgefährdenden Bereich führen. In China beobachtet man die Vorgänge in Deutschland natürlich ganz genau. Eine Regierungssprecherin empfahl der Bundesregierung bereits, „keine Felsen hoch(zu)heben, die ihr auf die eigenen Füße fallen“ könnten . . . (tb)

4 „Charles und Klaus . . .“

Der „ewige“ Prinz Charles und neue britische König Charles III. fährt nicht nur gerne zum Skilaufen nach Davos/Klosters, sondern er gilt auch als einer der engsten Freunde des Davoser Weltwirtschaftsforum-Gründers Klaus Schwab. Er steht deshalb auch Schwabs „Great Reset“-Plänen wohlgesonnen gegenüber. Bereits auf einer im vergangenen Jahr in Glasgow abgehaltenen „Klima-Konferenz“ ließ er keinen Zweifel an seiner Sympathie für derartige Pläne und er gestand ein, daß deren Umsetzung nur mit einer grundlegenden wirtschaftlichen Kursänderung gelingen könnte, die mit Hilfe einer „breiten Kampagne im Militärstil“ durchgesetzt werden müßte.

Das heißt nichts anderes, als daß dabei auf die Belange der Normalbürger, also der Steuerzahler, der Arbeitnehmer oder auch der kleinen und mittleren Unternehmer, so gut wie keine Rücksicht genommen würde. Sie würden nicht gehört und erst recht nicht gefragt, ob sie die mit dem „Great Reset“ verbundenen Ziele überhaupt anstreben. Sie würden vielmehr nur dazu verdonnert, den dann Regierenden als meinungslose Erfüllungsgehilfen zu dienen und das Ganze zu bezahlen. (tb)

5 Checkliste für die „Klimawandel“-Berichterstattung

Gemeinsam mit weiteren Partnern haben die „Universität Oxford“ und die Londoner „World Weather Attribution“-Initiative einen Leitfaden (oder besser gesagt eine Art Checkliste) für Journalisten entwickelt, mit dessen Hilfe diese in die Lage versetzt werden sollen, in ihren zukünftigen Berichten so gut wie jedes Wetterphänomen mit einer angeblich menschengemachten Erderwärmung in Zusammenhang zu bringen. Hitze- oder Kältewellen, abtauendes oder zunehmendes Eis auf den Gletschern oder an den Polen, Stürme oder Flaute – für jede extreme Wetterlage hält die neue Checkliste eine eindeutige, politisch korrekte Zuordnung bereit! Jeder Journalist, der diesem neuen Propaganda-Pamphlet blind folgt, macht sich nach Auffassung noch kritisch denkender Kollegen damit zum verlängerten Arm eines totalitären Systems, das offenbar darauf aus ist, eine wirklich wissenschaftlich geführte „Klima-Debatte“ zu unterbinden. (tb)

6 US-Führung „mißtraut“ der Ukraine

Die US-amerikanische Führung scheint hinsichtlich der politischen Elite der Ukraine doch wesentlich weniger blauäugig zu sein, als ihr dies manche Beobachter regelmäßig vorhalten. Dies enthüllte der US-Journalist Tom Friedman jedenfalls vor knapp zwei Monaten gegenüber der „New York Times“. Er schrieb: „Im privaten Gespräch sind US-Beamte viel besorgter über die Führung der Ukraine, als sie (öffentlich, die Red.) zugeben. Zwischen dem Weißen Haus und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj herrscht tiefes Mißtrauen – erheblich mehr als bisher berichtet. . . . Am 17. Juli entließ Selenskyj die Generalstaatsanwältin seines Landes und den Leiter des Inlandsgeheimdienstes – die bedeutendste Erschütterung seiner Regierung seit der russischen Invasion im Februar. Das wäre so, als würde Biden am selben Tag (Justizminister, die Red.) Merrick Garland und Bill Burns (CIA-Direktor, die Red.) feuern.“ Wenig später kommt Friedman dann zum Kern des Problems: „Es hat den Anschein, als wollten wir in Kiew nicht zu genau unter die Decke schauen, aus Angst vor Korruption oder Skandalen, die wir entdecken könnten – nachdem wir dort so viel investiert haben.“

Die vorstehenden Zitate sind, wie bereits gesagt, der „New York Times“ und damit einer regulären Zeitung entnommen. In den deutschen „Qualitätsmedien“ suchte man danach aber vergeblich. Hier berichtete man eher über Selenskyjs Zorn über den deutschen Wunsch einer gründlichen Prüfung der Auszahlungsvoraussetzungen von Milliardenhilfen, die die EU der Ukraine zugesagt hat und die unter dem Strich zu einem runden Viertel von den deutschen Steuerzahlern erarbeitet werden müssen . . . (tb)

7 Mittelpunkt Ukraine

Ein Reporter des Politik-Magazins „Politico“ zählte bei der letzten Rede der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Lage der EU die von ihr benutzten Schlagwörter mit. Doch die erwarteten Begriffe wie Inflation, Erdgas, Strompreis oder Energiekrise schafften es dabei nicht bis an die Spitze. Spitzenreiter war das Wort Ukraine – von der Leyen fragte wieder und wieder, was alles die EU für dieses zweifelsohne kriegserschütterte Land tun könne. Mit den Sorgen und Nöten der EU-Bürger beschäftigte sie sich dagegen weniger.

Der Ukraine und ihren Bürgern versprach sie einen baldmöglichen Zugang zum EU-Binnenmarkt und im Rahmen des sogenannten „Roaming“ sollen Ukrainer demnächst in der gesamten EU kostengünstig telefonieren können. Für die europäischen Steuerzahler hatte sie dagegen vor allem die Nachricht parat, daß diese alsbald „verpflichtend“ Strom sparen müssten. Ob zur Überwachung mit einer „europäischen Strompolizei“ gerechnet werden müsse, sagte von der Leyen (noch) nicht. (tb)

8 China möchte Russland dominieren

Wegen der aufgrund des Ukrainekrieges verhängten westlichen Sanktionsmaßnahmen orientiert sich Russland zunehmend stärker in Richtung der Volksrepublik China. Der international renommierte Historiker Mark Galeotti meint in diesem Zusammenhang, daß man in Moskau die dadurch für Russland ausgehenden Gefahren stark unterschätzt. China, so der Historiker, dürfte von Russland eine immer weitgehendere Unterordnung verlangen und Russland wird sich – allein schon mangels Alternativen – diesem Unterordnungswunsch kaum verweigern können.

Geht es um Russlands zukünftiges Verhältnis zu China und den westlichen Staaten, ergibt sich für Russland nach Galeottis Überzeugung ein zunehmend gespaltenes Bild. In den eher älteren Generationen, denen auch Wladimir Putin (69) und die meisten seiner Berater angehören, herrscht der Wunsch nach einer Abgrenzung und notfalls auch Konfrontation mit dem Westen vor. Der dafür zu zahlende Preis ist eine Intensivierung der Beziehungen zu China und dieser wird von der älteren Generation auch mehrheitlich in Kauf genommen. Unter den jüngeren herrscht dagegen eine größere China-Skepsis vor, man fürchtet dort Pekings „einnehmendes Wesen“.

Galeotti geht deshalb von einer im Zeitablauf wieder abnehmenden Bindung zwischen Moskau und Peking aus. Spätestens nach dem Ende der „Ära Putin“, so der Historiker, wird man in Moskau um eine Politik der erneuten Annäherung an Europa nicht umhinkommen: „Was heute wie ein russisch-chinesisches Bündnis aussieht, wird morgen unweigerlich Abhängigkeit bedeuten. China ist zu groß, zu mächtig, seine Wirtschaft ist zu dynamisch und es rüstet sehr schnell auf. Ich denke, die gute Nachricht für uns ist, daß sehr viele Menschen in Russland dieses Risiko sehen.“ (tb)

9 USA heben Waffenembargo gegen Republik Zypern auf

Die Republik Zypern kann nach einer weitgehenden Aufhebung des Waffenembargos erstmals seit dem Jahr 1987 wieder uneingeschränkt Waffen aus den USA beziehen. Während der Präsident der Republik Zypern, Nikos Anastasiades, diese Entscheidung der USA uneingeschränkt begrüßte, kam aus dem türkisch besetzten Norden der Insel scharfe Kritik. Die weltweit nur von der Türkei anerkannte Regierung der „Türkischen Republik Nordzypern“ sieht nun die Gefahr einer wieder zunehmenden Eskalation an der über die Insel verlaufenden Grenze. Der griechische Außenminister Nikos Dendias sprach von einem „politischen Meilenstein“, während das türkische Außenministerium entrüstet reagierte und den Schritt der USA ausdrücklich verurteilte. Er könnte, so tönte es aus Ankara, zu einem Wettrüsten auf der Insel führen, das dem Frieden und der Stabilität im gesamten östlichen Mittelmeerraum schaden dürfte.

Die Verhandlungen zur Überwindung der Teilung Zyperns sind nach wie vor verfahren. Zuletzt bestanden Nordzypern und Ankara auf einer Zwei-Staaten-Lösung, die aber von Nikosia (also der Republik Zypern) und auch den Vereinten Nationen (UN) kategorisch abgelehnt wird. UN-seitig präferiert man eine föderale Lösung mit einem einzigen Staatsgebilde und zwei für sich starken Bundesstaaten. Eine Lösung ist, wie gesagt, nicht in Sichtweite. Die USA wollen bis auf weiteres die Lage jährlich überprüfen und gegebenenfalls auch die jetzt wieder möglichen Militärgut-Lieferungen aussetzen lassen. (tb)

10 Ende des „schwäbischen Tüftlergeistes“?

In Baden-Württemberg konnte man bislang mit Recht stolz sein auf die zahlreichen „Tüftler“ und Erfinder, die das „Ländle“ im Laufe der Jahrhunderte hervorgebracht hatte. Das erste Streichholz, der erste Büstenhalter, Kunststoffdübel, Hochdruckreiniger und das Automobil – das sind nur wenige Beispiele für baden-württembergischen Erfindungsreichtum. Zu diesen und etlichen weiteren Erfindungen kam es im Regelfall, weil der spätere Erfinder einen „Mangel“ ausgemacht hatte und dann ein neues Produkt erfand, um diesen zu beheben. Man wollte also nicht mit dem Mangel leben, sondern man suchte intensiv nach Lösungsmöglichkeiten.

Doch von diesem Erfindergeist ist an einigen Orten nichts mehr zu spüren. Dazu zählt auch die baden-württembergische Staatskanzlei, der Amtssitz von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne). Geht es um den uns möglicherweise bevorstehenden Energiemangel, ruft Kretschmann nicht etwa die fähigsten Köpfe des Landes dazu auf, nach Lösungsmöglichkeiten z.B. in Form neuer Energieformen oder einer deutlich effektiveren Nutzung des noch strömenden Gases zu suchen. Nein, er rät lediglich, die Heizung etwas herunterzustellen. Er findet sich also mit dem Mangel ab . . .

In einem entsprechenden Video spricht Kretschmann zunächst über den Ukrainekrieg, der sich inzwischen auch auf das tägliche Leben im „Ländle“ auswirkt. „Da sind clevere Ideen gefragt“, sagt er vieldeutig. Und dann präsentiert er die erste Idee – die er selbst wohl für neu und clever hält – und dreht ein Heizkörperventil herunter. Dabei fällt dann auch der „bahnbrechend neue“ Hinweis, daß man die Heizung ja nachts ebenfalls herunterdrehen könne. Auch wenn der einst überzeugte Maoist Kretschmann in kalten Wohnungen vielleicht einen cleveren Ressourcen(nicht)einsatz erkennen mag, muß die Botschaft seiner „Sparkampagne“ als Bankrotterklärung verstanden werden. Statt zu einer Überwindung der gegenwärtigen Energiekrise mit „Grips“ zu animieren, traktiert Kretschmann die Landeskinder mit Spartipps, die diese allein schon aus Kostengründen mehrheitlich seit vielen Jahren praktizieren. Wo ist er geblieben, der „schwäbische Tüftlergeist“? (tb)

11 Das neue „Planungsparadies“

Welche Krise auch immer Europa in den letzten Jahrzehnten heimsuchte, eines blieb unerschütterlich: Der Glaube an den Staat. Während der erst kürzlichen Corona-Krise verteilte ein angeblich fürsorglich denkender Staat direkte Hilfen und zog im Gegenzug massiv Freiheitsrechte ein. Dabei erfolgten die erforderlichen Entscheidungen nur selten auf wissenschaftlich einigermaßen gesicherter Basis – man schätzte „Pi mal Daumen“, angereichert durch die persönliche Risikoeinschätzung der Kanzlerin, die sich bald darauf in den Ruhestand verabschiedete. So agiert im Übrigen auch heute noch Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Er malt Horrorszenerarien und macht seine oft sehr spezielle Weltsicht zur amtlichen Politik. Damit verglichen, muß man die Politik von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck noch als rational und von Kompetenz gekennzeichnet beschreiben.

Dabei zeigt ein erster Rückblick auf die Bewältigung der Corona-Pandemie, daß Weniger wahrscheinlich Mehr gewesen wäre. Verglichen mit z.B. der Schweiz wies Deutschland bei einer vergleichbaren Übersterblichkeit deutlich mehr Freiheitsbeschränkungen und Subventionen auf. Das Mehr hätte man sich also getrost sparen können – doch wer dies zur Unzeit vorzuschlagen wagte, dem drohte in Deutschland eine kollektive Abstrafung durch Politik, Medien und etliche Mitbürger. Ähnlich ging es auch in Bezug auf das eher liberal agierende Schweden zu, denn auch dort stellten sich die Horrorszenerarien nicht ein und Schweden kam am Ende eher besser durch die Pandemie als Deutschland.

In Deutschland machte und macht sich stattdessen der fatale Irrglaube breit, daß „viel Staat“ auch viel helfe. Der frühere Bundesfinanzminister und heutige Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) griff dabei gerne zur „Bazooka“ und leistete sich mehr als einen Fehlschuß. „Viel Staat“ gab und gibt es – auch das muß gesagt werden – leider oft nur im Ankündigungsbereich. Bei der späteren Verteilung mancher – auch lebensretender – Wohltaten ist Zeit dann kein Problem mehr. Das mußte auch der Toilettenpapierhersteller Hakle feststellen, dem rechtzeitig gestellte Anträge für „Energiebeihilfen“ nicht mehr halfen. Die Schuld trägt der zu langsam arbeitende Amtsschimmel. Wären die beantragten Hilfszahlungen nur etwas schneller geflossen, wäre es nach Aussage des Hakle-Managements vielleicht zu gar keinem Insolvenzantrag gekommen . . .

Noch zu wenig Gedanken machen sich die verantwortlichen Politiker bzw. deren Berater nach Auffassung etlicher Experten auch über die preistreibende Wirkung der nun wieder beschlossenen Hilfszahlungen. Das ist besonders schlecht, weil die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Krieges nur dann bewältigt werden können, wenn man den Preisanstieg unter Kontrolle bringt. Dies wäre eine Kernaufgabe der Europäischen Zentralbank. Doch dort schreckt man vor zu großen Maßnahmen (sprich Zinserhöhungen) zurück, um die Haushalte der extrem verschuldeten südeuropäischen Staaten nicht implodieren zu lassen. In der Euro-Krise nutzte Berlin noch sein politisches Gewicht, um gegen die Vorstellungen des „Club Med“ (inklusive Frankreich) einen Rest an Stabilität bewahren zu können. Heute herrscht in Berlin diesbezüglich beredetes Schweigen.

Entlarvend sind auch Bundeskanzler Scholz' Worte bezüglich der „Zufallsgewinne“ von Energiekonzernen, die abgeschöpft werden müssten. Vielleicht sind deren derzeitige Gewinne wirklich zu hoch. Doch Scholz' Äußerung zeigt, daß man in Berlin Gewinne offenbar nur noch für gut erachtet, wenn diese in irgendeiner Weise „geplant“ waren – am besten wohl durch eine staatliche Behörde. So oder so werden die Zeche wieder einmal die Bürger zahlen müssen. Sie werden sich noch wundern, wie teuer sie das neue „Planungsparadies“ zu stehen kommen wird! (tb)

12 Für Sie aufgelesen:

„Manchen Entwicklungsländern sollte man mitunter eine ‚Schenkpause‘ gönnen.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettnerhof GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.